

Sicherheitspolitik oder Politik der allgemeinen Sicherheit? : Warnung vor Begriffsverwirrung

Autor(en): **Däniker, Gustav**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **154 (1988)**

Heft 11

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-58629>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheitspolitik oder Politik der allgemeinen Sicherheit?

Warnung vor Begriffsverwirrung

Divisionär Gustav Däniker

Manche Politiker, neuerdings sogar manche Spezialisten, plädieren für den Einbezug sogenannt neuer Bedrohungen in die Sicherheitspolitik. Erwähnt werden etwa der beschleunigte Modernisierungsprozess, grosse Flüchtlingsbewegungen, importiertes Verbrechertum und namentlich die Umweltbedrohung. Sie berufen sich dabei auf das Volk, das nicht verstehe, warum man nach wie vor der militärischen Bedrohung die Priorität gebe, statt sich auf neue akute Gefahren auszurichten. Konsens und Akzeptanz der Sicherheitspolitik würden davon abhängen.

Volksmeinung oder Volksstimmung?

In der Tat zeigen die beliebten Umfragen, dass das Kriegsrisiko zurzeit als sehr gering, Luftverschmutzung und Waldsterben allgemein aber als sehr gefährlich eingestuft werden. Niemand scheint sich daran zu erinnern, dass dies noch vor wenigen Jahren gerade umgekehrt war. Damals glaubten viele, ein Kriegausbruch stehe unmittelbar bevor. Der Konfrontationskurs der Supermächte wurde so ausgelegt, obwohl der Hintergrund genau das Gegenteil besagte: Die feste Haltung des Westens in der Nachrüstungsfrage zwang die Sowjetunion zum Nachgeben und letztlich zur Null-Lösung im Mittelstreckenbereich, die sie solange bekämpfte hatte.

Könnte es sein, dass die heutige allgemeine Sorglosigkeit neuen Aggressionen Vorschub leistet? Oder ist die subjektiv als aktuell empfundene Gefahr einfach immer die Schlimmste, nachdem sie ja auch die von den Medien jeweils am besten dokumentierte, um nicht zu sagen bestvermarktete ist?

Damit ist nicht gesagt, dass die jeweils wahrgenommenen Gefahren nicht real seien oder dass es falsch wäre, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Aber es wird klar, dass es auch in diesem Bereich so etwas wie Modeströ-

mungen gibt. Viele machen sie, ohne gross zu denken, mit. Sie reagieren spontan und absolut: «Was nützt eine starke Armee, wenn die Gesellschaft krank ist?» lautet beispielsweise ein heute oft zitierter Spruch.

Mitlaufen oder gegensteuern?

Bedenklich wird diese Tendenz, wenn Leute, die weiter denken sollten, den Trend mitmachen, statt ihm dort, wo er gefährlich wird, entgegenzuwirken. Ihre Argumentation: Es gibt kaum mehr eine militärische Gefahr, also ist unsere Sicherheitspolitik einseitig; es gibt aber eine starke Umweltbedrohung, folglich gehört ihre Abwehr zur Sicherheitspolitik, ist nämlich in ihren beiden Teilen unrichtig.

Statt solches weiterzugeben, um sich populär zu machen oder um seine Weitsicht zu beweisen, wäre es wohl eher Pflicht der Sachverständigen, die Gründe zur Kenntnis zu nehmen, die zur heutigen Regelung geführt haben, und die Schwierigkeiten aufzuzeigen, in die man hineinflücht, wenn man die Sicherheitspolitik durch eine Politik der allgemeinen Sicherheit, die der Schweizer nur zu gerne anvisiert.

Als erstes müsste an die Ziffer 702 der Konzeption der Gesamtverteidigung erinnert werden, die besagt: «Die Sicherheitspolitik befasst sich mit allen Handlungen, die in feindlicher Absicht, unter Gewaltandrohungen oder unter Gewaltanwendung gegen unsern Staat, unser Volk und seine Existenzgrundlagen gerichtet sind oder sich indirekt so auswirken. Hingegen sind die Selbstbehauptungsprobleme, die sich aus der friedlichen Veränderung der Umwelt und aus der Entwicklung der Gesellschaft im rechtsstaatlichen Rahmen ergeben, nicht Gegenstand der Sicherheitspolitik, sondern der Politik im weitesten Sinne.» Als zweites wäre zur Kenntnis zu nehmen, dass der Bundesrat diese Zweiteilung erst kürzlich verschiedentlich bekräftigt hat.

Demokratie oder Totalitarismus?

Der Hauptgrund für diese Trennung ist die Sorge um eine Militarisierung unserer Gesellschaft. Wenn alles oder jedes unter Sicherheitspolitik eingestuft wird, kann man sich letztlich bei jedem Geschäft auf das hehre Ziel der Selbstbehauptung berufen. Im Kampf gegen Luftverschmutzung und Waldsterben wäre die Festsetzung der Tempolimiten auf Autobahnen plötzlich ein sicherheitspolitischer Entscheid. Ebenso die Frage der Nuklearenergie, oder auf anderen Feldern die der Asylpolitik, der Stärke der Polizei, der Handhabung technischen Grossgeräts und vieles andere mehr.

Ohne ihren Zusammenhang mit dem Wohlergehen der Schweiz leugnen zu wollen, können solche Fragen weder aus politischen noch aus institutionellen Gründen unter Sicherheitspolitik abgehakt werden. Wir bekämen nicht nur die verschiedensten Meinungen, die sich nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner vereinigen liessen, also genau dort, wo man die Verwirklichung des ersten Staatszwecks nicht ansiedeln darf, es wäre auch kaum je ein Konsens zu finden. Alle aufgezählten Gebiete sind schliesslich höchst kontrovers.

Während 1973 alle Parteien mit Ausnahme der extremen Flügel vom Bericht über die Sicherheitspolitik zustimmend Kenntnis nahmen und damit einen kontinuierlichen Ausbau der Gesamtverteidigung ermöglichten, hätten wir ein ständiges Gerangel und Wiederinfragestellen einmal gefasster Beschlüsse.

Noch grösser wäre aber die Gefahr eines latenten Totalitarismus. Wer bestimmt letztlich, was sicherheitspolitisch richtig ist? Natürlich das Parlament und der Bundesrat, aber diese Instanzen sind bekanntlich gezwungen, die Ausführung und Koordination auf die operative Ebene zu delegieren. Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung, die bereits heute die Aufgabe hat, die in verschiedenen Departementen angesiedelten GV-Bereiche zu koordinieren, hätte die Pflicht, sich praktisch überall einzumischen. Die Vision eines «Grossen Bruders», der da entstehen könnte, ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen. Merkwürdigerweise sind es aber vielfach die gleichen Kreise, die nach Ausweitung der Sicherheitspolitik rufen, die bei jeder Gelegenheit die Gefahr eines schweizerischen Militarismus an die Wand malen.

Den Sack mitsamt dem Esel schlagen?

Vielleicht schlägt man aber den Sack und meint den Esel: Man spricht von Öffnung der Sicherheitspolitik und

strebt im Grunde nach der Verlagerung von Geldmitteln. Mit den beliebten Vergleichen zwischen dem Preis eines Panzers oder eines Kampfflugzeugs und der Anzahl Wohnungen, die sich dafür bauen liessen, lässt sich ja stets ein Publikumserfolg erzielen. Dabei übersieht man allerdings grosszügig, dass man mit einer Wohnung weder Neutralitätsschutz noch Kriegsverhinderung treiben, geschweige denn unser Land verteidigen kann. Auch mit Massnahmen für den Bannwald, so wichtig sie sind, wird unsere Unabhängigkeit noch nicht bewahrt.

Mit andern Worten: Es braucht ein «Sowohl-als-auch» und kein «Entweder oder»! Und es bedarf keiner Frage, dass unser Land sich ersteres auch leisten kann. Wer sich den Bundeshaushalt ansieht und statt der herumgebotenen, masslos übertriebenen Angaben für die Kosten der Gesamtverteidigung die offiziellen Zahlen heranzieht, wird feststellen, dass der Umweltschutz nicht am Budget des EMD scheitert. Dieser hat Schwierigkeiten, weil noch zahlreiche Fragen ungeklärt sind, und nicht zuletzt, weil wir nicht bereit sind, auch nur kleine persönliche Opfer zu bringen, aber nicht deswegen, weil die benötigten Mittel fehlen würden. Und mit einer zu engen Definition unserer Sicherheitspolitik haben die Probleme des Umweltschutzes schon gar nichts zu tun!

Wer indessen darauf hinweist, es gebe ja praktisch keine militärische Be-

drohung mehr und jene Mittel seien deshalb frei für eine Verlagerung auf aktuelle Aufgaben, der beweist nichts als seine mangelnde strategische Übersicht. Erst seit kurzem zeigt jene Macht, von der die Kriegsgefahr in den letzten 40 Jahren weitgehend ausging, ein freundlicheres Gesicht. Noch ist aber keineswegs garantiert, ob ihr äusserer Kurs wirklich auch entsprechend umgestaltet wird. Jedenfalls ist ihr Angriffspotential praktisch nach wie vor intakt. Und selbst bei ehrlichem Bemühen um dauernde Entspannung auf beiden Seiten, wird der Abrüstungsprozess in Europa Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Kein Grund also für den neutralen Kleinstaat, seinen Verteidigungsapparat voreilig abzubauen. Ihn gibt es ebensowenig, wie niemand seine Versicherungspolice kündigt, nur weil er seit einiger Zeit nicht mehr krank war.

Sicherheitspolitik oder Umweltschutz in besseren Händen?

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass die sogenannten neuen Gefahren bei den zuständigen Departementen in guten Händen sind. Man kümmert sich um die Probleme des Asylwesens, um die Verbrechensbekämpfung, um eine möglichst saubere und ausreichende Energieversorgung. Man kümmert sich um die Erhaltung der Fruchtfolgeflächen und einer minimalen Hochseeflotte, die in Krisenzei-

ten von grösster Bedeutung wäre. Man kümmert sich von Verwaltungs- wie von politischer und privater Seite nicht zuletzt bereits tagtäglich um den Umweltschutz. Dass seine Bewältigung andere Strategien verlangt, sein Einbezug in die Sicherheitspolitik aber ausser einem zusätzlichen Bürokratismus nichts bringen würde, kann somit mit gutem Grund behauptet werden.

Wer aber an den Katastropheneinsatz von Mitteln der Gesamtverteidigung denkt, der wird feststellen können, dass sie jedesmal rasch und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden, wenn Not am Manne ist. Eine Änderung der Konzeption braucht es hierfür wahrlich nicht.

Beim Ist-Zustand der Bedrohungsdefinition verbleiben, heisst nicht, sich einfach konservativ an Altes klammern. Mit ihrer ausgreifenden Komponente einerseits und der bewahrenden andererseits, gehört unsere Sicherheitspolitik ohnehin zu den fortschrittlichsten Konzeptionen der Welt. Es heisst lediglich, Bewährtes nicht ohne Not zu verändern, auch wenn da und dort wenig überlegte Forderungen vorgetragen werden. Und es heisst, Vertrauen in das langfristig-strategische Denken unserer Behörden setzen, die zumindest auf Stufe Bundesrat ein permanentes sicherheitspolitisches Bewusstsein besitzen, das auch bei Sachentscheiden in Bereichen genereller Bedrohungen immer wieder sichtbar wird. ■

Thurgauer Zeitung
Die für den ganzen Kanton!

Inseraten-Marketing:
PUBLICITAS
8401 Winterthur Tel. 052/86 86 86